

Europa im Griechenland-Test

BZ-GASTBEITRAG:

In Euroland werden jetzt die Konstruktionsfehler der Währungsunion sichtbar

Von Oliver Landmann.



Oliver Landmann
Foto: reck

FREIBURG. Wie sich die Debatten doch gleichen. Vor zwei Jahren ging es um die Rettung der Banken. Damals rangen die Finanzminister mit der Frage, was schlimmer sei: Das Missmanagement fürstlich bezahlter Banker auf Kosten der Steuerzahler im Nachhinein auszubügeln oder mit der Pleite eines Finanzinstituts ein Exempel zu statuieren und dafür die Stabilität des ganzen Systems aufs Spiel zu setzen. Das Ergebnis ist bekannt: Man tat beides. Mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers froren augenblicklich die Kreditmärkte ein, und die Stabilisierung der übrigen Banken zwang die Regierungen, mit öffentlichen Mitteln für Milliardenberge von toxischem Müll geradezustehen, den die Institute in ihren Bilanzen angehäuft hatten.

Nun hat sich das Problem auf die nächste Ebene verlagert. Die öffentlichen Haushalte haben sich so dramatisch verschlechtert, dass mittlerweile die Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten in Zweifel gezogen wird. Zuletzt war es vor allem Griechenland, das seine katastrophale Finanzlage mit dem Liebesentzug der Kapitalmärkte büßen musste und nun happige Risikoaufschläge auf seine Staatsschuld bezahlt. Zwar gibt es Länder, in denen es noch düsterer aussieht. Aber Griechenland ist nicht irgendein Land, sondern ein Mitglied der Europäischen Währungsunion. Sollte die griechische Regierung tatsächlich

den Schuldendienst aussetzen müssen – so wird befürchtet –, könnte dies weitere Euroländer und in der Folge auch die eben erst elf Jahre alte Gemeinschaftswährung mit in den Abgrund reißen. Damit ist das Problem Griechenlands zu einem Problem Europas geworden.

Europa steht vor der Zerreißprobe, die es unbedingt vermeiden wollte.

Und urplötzlich steht dieses Europa vor der Zerreißprobe, die es um jeden Preis vermeiden wollte. Hier die Furcht vor den unabsehbaren Folgen eines griechischen Staatsbankrotts. Dort die bange Frage, wie denn andere Länder – und Griechenland selbst –, noch von der Notwendigkeit soliden Finanzgebarens zu überzeugen sein sollten, wenn erst einmal klar ist, dass im Notfall Brüssel doch den Rettungsschirm aufspannt.

Der EU-Gipfel am Donnerstag hat hier einen Spagat versucht: Einerseits hat er keinen Zweifel daran gelassen, dass Griechenland im Falle eines Falles mit der Hilfe seiner europäischen Freunde rechnen kann. Gleichzeitig hat er energisch eine rasche Sanierung der griechischen Staatsfinanzen gefordert.

Aber diese Rechnung kann makroökonomisch nicht aufgehen. Es ist schon kurios: Eben erst hat man sich noch dafür auf die Schultern klopfen lassen, dass man den großen Fehler der prozyklischen Finanzpolitik, der die Weltwirtschaftskrise von 1930 so maßgeblich verschärft hatte, diesmal nicht wiederholt hat. Was aber jetzt von Griechenland verlangt wird, ist genau dies. Das Land mit dem schwersten Konjunkturunbruch der Eurozone soll den schärfsten Sparkurs fahren. Damit würde geradewegs der Crash provoziert, den man eigentlich verhindern will.

Keine Frage, der griechische Schlendrian und das Frisieren der Statistiken müssen ein Ende haben. Aber es gibt historisch kein Beispiel einer Überschuldung, die ohne kräftiges Wirtschaftswachstum überwunden worden wäre. Das Problem ist nur: Woher soll dieses Wachstum kommen?

Anders als Deutschland kann Griechenland nicht darauf hoffen, dass ihm eine Wiederbelebung seiner Exportmärkte aus der Patsche hilft. Wäre Griechenland ein typisches Entwicklungsland, das den Internationalen Währungsfonds in einer Überschuldungssituation um Beistand bittet, würde der Fonds neben einem Sparprogramm eine kräftige Abwertung der Währung verordnen. Aber diese Tür ist zu. Griechenland hat seit dem Beitritt zur Eurozone keine eigene Währung mehr, die es abwerten könnte.

Dieses Problem hat nicht nur Griechenland. Spanien, Portugal, Irland befinden sich in einer ähnlichen Lage. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie mit dem Start der Währungsunion in eine Phase der Hochkonjunktur eintraten. Maßgeblich nachgeholfen haben dabei die tiefen Zinsen, die überhaupt erst dank dem Euro möglich geworden waren. Spekulative Immobilienblasen und eine übersprudelnde Binnennachfrage wurden dadurch begünstigt. Der Boom trieb Preise und Kosten in die Höhe, die internationale Wettbewerbsfähigkeit nahm beträchtlichen Schaden – was aber niemanden störte, solange die Binnenwirtschaft blühte. All dies spielte sich ab, während Deutschland unter einer anämischen Inlandsnachfrage und mageren Wachstumsraten litt, mit Restrukturierung als Folge der deutschen Einheit beschäftigt war und Kosten senkte.

So haben sich über Jahre hinweg massive Ungleichgewichte aufgebaut, die vergangenes Jahr von der globalen Krise überlagert wurden und nun bei der Überwindung dieser Krise äußerst hinderlich sind. Mit brutaler Klarheit offenbart sich hier ein schwerer Geburtsfehler des Euro. Wenn eine Währungsunion keine eingebauten Stabilisatoren besitzt, wie sie etwa die USA durch die automatischen fiskalischen Transfers zwischen stärkeren und schwächeren Regionen und auch durch die hohe Mobilität der Arbeitskräfte aufweisen, muss die Finanzpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür übernehmen, dass die makroökonomische Entwicklung der einzelnen Länder nicht zu sehr auseinander läuft. Denn das Ventil der Wechselkursanpassung, das sonst diese

stabilisierende Rolle übernehmen könnte, steht ja nicht mehr zur Verfügung. Leider trägt das finanzpolitische Regelbuch der Währungsunion, der Stabilitätspakt, diesem Erfordernis völlig unzureichend Rechnung. Der Stabilitätspakt, auf den Deutschland so überaus großen Wert gelegt hat, war im Grunde nur darauf angelegt, einer Überschuldung der Euroländer vorzubeugen, worin er sich aber – und zwar schon lange vor Ausbruch des griechischen Dramas – als Papiertiger erwiesen hat.

Die Peripherie der Eurozone wäre heute wesentlich besser dran, wenn sie durch geeignetere finanzpolitische Spielregeln in den Boomjahren dazu gebracht worden wäre, substanzielle strukturelle Haushaltsüberschüsse zu erzielen. Die Überhitzung der Binnenwirtschaft wäre so eingedämmt worden, der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit wäre begrenzt geblieben, und es wäre heute trockenes Pulver zur Bekämpfung der Krise vorhanden.

Auf die sieben fetten Jahre folgen sieben magere Jahre.

Stattdessen sitzen die betreffenden Länder nun in der Falle. Die Wiederherstellung eines wettbewerbsfähigen Preis- und Kostenniveaus wird Jahre in Anspruch nehmen – Jahre der Stagnation, wohl auch der Deflation, und politischer Unrast. Es ist ein Drama biblischen Ausmaßes: Auf die fetten Jahre folgen unerbittlich die mageren. Nur hat niemand daran gedacht, die Getreidespeicher zu füllen.

Das Fazit liegt auf der Hand. Das Bestehen des Griechenland-Tests erfordert von Europa zwei Dinge: Erstens müssen die Entscheidungsträger dem Impuls widerstehen, ausgerechnet die von der Krise am härtesten getroffenen Länder jetzt kurzfristig zu einem prozyklischen Sparkurs zu zwingen, der nur die Krise weiter verschärfen und an der Schuldenlast wenig ändern würde. Zweitens müssen sie die makroökonomische und finanzpolitische Architektur der Währungsunion einer Generalüberholung unterziehen. Der Beweis, dass der Stabilitätspakt als Grundlage der Währungsunion nicht genügt, dürfte mittlerweile zur Genüge erbracht sein.

– **Oliver Landmann** ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg.